

Antrag auf einen Kostenzuschuss für einen behindertengerechten Umbau

Antragsnummer:

Eingangsstempel
Magistrat /
Kreisausschuss

1. Antragsteller (im Grundbuch verzeichneter Eigentümer / Erbbauberechtigter)

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Steuer-ID (11-stellig) _____

Geburtsdatum, Geburtsort _____

Geburtsname _____

Sind oder waren Sie bereits einmal Kunde der WIBank? Ja Nein

2. Bauort (falls abweichend von 1.)

PLZ Ort _____ Straße, Hausnummer _____

3. Für das vorstehend bezeichnete und in den Anlagen näher beschriebene Förderobjekt/Bauvorhaben wird beantragt

Betrag in EUR

3.1. Für die Wohnung wurden bereits Fördermittel seitens der WIBank zu Antragsnummer _____ gewährt.

4. Gebäude

4.1 Objektart _____
(Einfamilienhaus, Eigentumswohnung, Mehrfamilienhaus, sonst. Wohngebäude)

4.2 Anzahl der Wohnung(en) _____ Wohnungsnummer _____
(bei Eigentumswohnungen)

4.3 Kurzbeschreibung der durchzuführenden Maßnahme(n) _____
(ggfs. weitere Angaben auf separatem Beiblatt beifügen) _____

5. Maßnahmenkosten

innerhalb des Gebäudes bzw. der Wohnung(en)	außerhalb des Gebäudes bzw. der Wohnung(en)	Summe

6. Finanzierung der geplanten Maßnahme

- 6.1.1. Fremdmittel
- 6.1.2. Zuwendung von Dritten
- 6.1.3. Beantragter Kostenzuschuss (Nr. 3.)
- 6.1.4. Eigenleistung (ohne Selbst- und Verwandtenhilfe)

Geldgeber	EUR (Nominal)
Gesamtbetrag der Finanzierungsmittel	

Einverständniserklärung unverschlüsselter E-Mail-Verkehr:

Wir sind/ich bin mit der Korrespondenz bzw. der Zusendung von Daten im PDF-Format per "einfacher", d. h. nicht verschlüsselter E-Mail einverstanden. Uns/mir ist bekannt, dass die uns/mir so zugesandten E-Mails personenbezogene Daten enthalten können. Die Risiken, die mit dem Versand solcher E-Mails verbunden sind – insbesondere die unbefugte Kenntnisnahme und Verwertung durch Dritte – sind uns/ist mir bewusst. Insbesondere sind wir uns/bin ich mir bewusst, dass bei einer unverschlüsselten Kommunikation via E-Mail die grundsätzliche Gefahr besteht, dass diese auf dem Übertragungsweg verlorengehen oder möglicherweise von Dritten gelesen und sogar geändert werden können. In Kenntnis dieser Gefahr wünsche(n) wir/ich die Korrespondenz per E-Mail an folgende E-Mail-Adresse(n) ohne weitere Sicherungsmaßnahmen.

E-Mail: _____

E-Mail: _____

Wir/Ich stimme(n) zu. Wir/Ich stimme(n) nicht zu.

Auszahlung

Der Kostenzuschuss ist auf folgendes Konto zu überweisen:

Kontoinhaber: _____

IBAN: _____

Verbindliche Erklärung des/der Eigentümer(s) / Erbbauberechtigten:

Mir/Uns ist bekannt, dass

- zu der/den geförderten Maßnahme(n) vor Erteilung der Förderzusage keine Aufträge erteilt werden dürfen und mit den Arbeiten nicht begonnen werden darf.
- die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen - rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main, berechtigt ist, ein einmaliges Bearbeitungsentgelt zu erheben. Das einmalige Bearbeitungsentgelt beträgt auch bei Widerruf/Rücknahme der Förderzusage durch die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen und bei Verzicht des/der Antragsteller(s)/in nach Erteilung der Förderzusage, 1 % des beantragten Kostenzuschusses, mind. jedoch EUR 25,00.

Ich/Wir versicher(e/n)

- dass ich/wir aufgrund einer Vollmacht auch für alle anderen Miteigentümer - sofern vorhanden - handel(e/n).

Ich/Wir erkläre(n)

- dass ich/wir die "Datenschutzhinweise für Kunden und andere Betroffene" der WIBank zur Kenntnis genommen habe(n).

Die Datenschutzhinweise sind auf der Homepage der WI-Bank zu entnehmen.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des/der Eigentümer(s)

7. Als Anlagen sind beigelegt:

- 7.1. Unbeglaubigter, vollständiger Grundbuchauszug nach dem neuesten Stand - zum Verbleib bei der Wohnungsbauförderstelle -
- 7.2. Prüfbare Kostenvorschläge, ggfs. Maßnahmebeschreibung mit Aufstellung der einzelnen Gewerke. Soweit die Maßnahmen baugenehmigungspflichtig sind, außerdem Bauschein und genehmigte Pläne.
- 7.3. Fotos über den aktuellen Zustand (vor Umbau) der beantragten Maßnahme(n) - zum Verbleib bei der Wohnungsbauförderstelle -
- 7.4. Nachweis zur vorliegenden Behinderung (z.B. Schwerbehindertenausweis, Bescheid über den Pflegegrad o.ä.) - zum Verbleib bei der Wohnungsbauförderstelle -

8. Stellungnahme des Magistrats/Kreisausschusses:

Der Antrag wurde durch uns geprüft. Die Vollständigkeit des Antrages (einschließlich der Anlagen) sowie die Richtigkeit der Angaben des/der Antragsteller(s)/in werden bestätigt. Das Vorliegen einer Behinderung wurde nachgewiesen. Ebenso haben wir uns durch eine Vor-Ort-Besichtigung bzw. durch Fotos vergewissert, dass es sich um eine förderungsfähige Maßnahme handelt. Das Vorhaben entspricht den Bestimmungen der Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung des behindertengerechten Umbaus von selbstgenutztem Wohneigentum.

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift(en) Magistrat/Kreisausschuss